

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 500 Mark für einen Monat ohne die Post; Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
gebühr für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig. Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 12. Mai 1923

Nummer 48

Der Reichstag über Lohn- und Sozialpolitik unter Berührung der Buchdruckerfrage

Zu Ende voriger und zu Anfang dieser Woche gab es im Hause des deutschen Volkes ganz anregende Debatten beim Etat des Reichsarbeitsministeriums. Die seitige Umfangbeschränkung der Tageszeitungen, die im Inzeratenteil allerdings nicht so zu finden ist, läßt sozialpolitische Debatten im Reichstag jetzt meistens viel zu kurz kommen. Auch Arbeiterblätter lassen häufiger den Wunsch aufkommen, daß doch eher in andern Sachen an Raum gespart werden sollte. Der „Korr.“ kann bei der Fülle seiner Aufgaben und der regen Diskussion über alle Arten von Fragen und Gebieten hier nicht nachholend unterrichten. Wenn diesmal ausnahmsweise eine kurze Befassung mit solchen Reichstagsverhandlungen erfolgt, so deshalb, weil bei der abschließenden Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums am 7. Mai auch die Lohnpolitik und die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe eine Rolle gespielt haben.

Reflektierend wollen wir zunächst erwähnen, daß die Abgeordnete Schuch (Soz.) in bemerkenswerter Weise gegen die Lehrlingszählerei auftrat und die allenthalben zu niedrigen Lehrlingslöhne geißelte. Sie empfahl, eine Entschliebung der WSPD. zur gesellschaftlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse der Jugendlichen anzunehmen. Die Frage der Tarifverträge für Jugendliche wurde auch angeschnitten in der Debatte, die damit endete, daß eine Entschliebung des Sozialpolitischen Ausschusses betreffend gesellschaftliche Regelung der beruflichen Ausbildung Jugendlicher angenommen, während die Einbeziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge und die Bezahung der Vorbildungszulage an Jugendliche durch den Unternehmer an den genannten Ausschuss verwiesen wurde. Es ist sehr erforderlich, daß dort nun gute Arbeit geleistet wird.

Die Wiedereinstellung und Weiterbeschäftigung der entlassenen Ruhrarbeiter wurde entgegen dem Willen der Sozialdemokraten und Kommunisten erst nach dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Von Frau Sender (Soz.) und dem Kommunisten Malzahn wurden hinsichtlich Erhöhung und sonstiger Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung bestimmte Vorschläge unterbreitet (automatische Anpassung derselben an die Leuerungsverhältnisse, Einführung des Schlüssel-systems auf Grundlage der durchschnittlichen Tariflöhne, Abschaffung der Wartzeit von mindestens einer Woche). Frau Sender sagte ganz richtig, wenn das Reich Geld für die Aufrechterhaltung der Betriebe aufgewendet habe, dann müßten auch Reichsmittel für die Arbeitslosen vorhanden sein. Angenommen wurde die Ausschlußentschliebung, unvorzüglich die Unterhaltungsätze der Leuerung anzupassen, die weitergehenden Anträge auf bestimmte Sätze bzw. Normen gelangten jedoch an den Ausschuss.

Von der Vereinigten sozialdemokratischen Partei wurde eine Ergänzung des Betriebsrätegesetzes verlangt dahingehend, daß die Betriebsräte im Aufsichtsrate von gesellschaftlichen Unternehmungen mehr Befugnisse bekommen, und daß sie auch in Konzernen Vertretung und Mitbestimmungsrecht erhalten. Diese wichtige Sache wird den Sozialpolitischen Ausschuss weiter beschäftigen.

Die Lohnpolitik nahm den breitesten Rahmen ein. Hier war es nach einer vorausgegangenen Attacke des Abgeordneten Simon (Soz.) auf die Wucherpreise (namentlich bei Schuhwaren), die beim Rohstoffhandel am ehesten vorkommen, der Abgeordnete Dikmann (Soz.), der die schwersten Register zog, welchen beiden Gewerkschaftsführern sich noch kurz der Angestelltenführer Aufhäuser hinzugesellte. Dikmann betonte, durch die starken Preissteigerungen sei das Lebensniveau der Arbeitererschaft schon sehr herabgedrückt worden. Obwohl ein weiteres Sinken des Reallohnes also nicht mehr möglich sei, wurden Beeinflussungen bei den Schlichtungsausschüssen, den Schiedsgerichten und selbst beim Arbeitsministerium vorgenommen, keine weiteren Lohn-erhöhungen vorzunehmen. Ein Schiedspruch habe den Arbeitern schon im April einen Lohnabsatz augemutet. Dikmann packte dann den Stier bei den Hörnern, indem er den Reichswirtschaftsminister Becker als den Vater all dieser Tendenzen und Beeinflussungen angriff, der mit jedem Tage die Arbeitererschaft weiter erbitterte. Allem Anschein

nach hat Herr Becker von dem temperamentvollen Robert Dikmann dabei tüchtig etwas zu hören bekommen. Und das mit Recht. Der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes beschäftigte sich noch kritisch mit dem Arbeitsszeitgesetz, trat warm für den Achtstundentag ein, bestonte die Notwendigkeit, die Produktion von technischen Gesichtspunkten aus zu heben, was im Auslande besser geschehe, und verlangte, daß nicht allein von der Wirtschaftlichkeit der Betriebe gesprochen werde, die Aufrechterhaltung der Wirtschaftskraft der Arbeiter durch ausreichenden Lohn sei nicht minder notwendig.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns entgegnete, daß Betriebsratsmitglieder nach dem Gesetze im Aufsichtsrate die gleichen Rechte besitzen; wenn in der Praxis darin eine Entkräftung eingetreten sei, so werde auf dem Gebiete des Handelsrechts einzugreifen sein. Für die Frage, ob die Betriebsratsmitglieder Einfluß in Konzernen bekommen sollen, sei die Voraussetzung, daß ein Kartellgesetz besteht. Ohne ein solches Bestimmungen zu treffen, heiße ins Dunkle tappen. Die Ausdehnung der Befugnisse des Betriebsrats bei Einstellungen und Entlassungen auf die Obleute wäre für die Einstellungen nicht sehr von Belang, und was die Entlassungen angehe, so bestehen Bedenken, diese Befugnisse einer einzelnen Person zu übertragen. Wenn im April ein Schiedsgericht oder Schlichtungsausschuss Lohnabsätze vorgenommen wissen wollte, so würde er dem durchaus entgegenstehen. Er könne jetzt die Notwendigkeit von Lohnabsätzen nicht anerkennen; aber das hänge nicht immer von ihm und seinem Ministerium ab. Die Schiedsprüche kommen meist außerhalb des Ministeriums zustande. Der Abgeordnete Dikmann meinte, die Schiedsrichter sollten Recht sprechen, aber sich nicht einem Diktat von Unternehmern unterwerfen. Er wisse sich vom Diktat der Unternehmer vollkommener frei! So etwas sei, solange er das Ministerium führe, niemals geschehen. Aber jeder Schiedspruch wäre an gewisse wirtschaftliche Zustände gebunden, die er nicht ändern könne. Die Schiedsprüche sollten jedenfalls für den Reallohn herausgeholt, was herausgeholt werden könne. Im März und im April habe auf die Stabilisierung der Mark eine gewisse Rücksicht genommen werden müssen, jetzt habe aber eine neue Entwicklung Platz gegriffen. Es sind also zwei Welten, wenn man den Reichswirtschaftsminister Becker und den Reichsarbeitsminister Brauns in ihren Anschaungen hört. Beide sind jedoch parteipolitisch bürgerlich eingestellt. Brauns ist vom Wirtschaftlichen Schläge, Becker aber ausgeprägter Unternehmerinteressenanwalt. Was Brauns zur Lohnpolitik ausführte, kann man im allgemeinen wohl gelten lassen: es ist eine umfriebene Charakterisierung Beckers und eine Absage an die einseitige Interessenpolitik der Unternehmer.

Die Buchdruckerfrage berührte der Reichsarbeitsminister insofern, als er neudeutlich ausführte: Wir haben uns a. B. bemüht, den Reallohn der Buchdrucker, die früher an der Spitze marschierten, jetzt aber an die 34. Stelle herunter gerückt sind, wieder zu heben. Aber das Buchdruckergerwebe ist in schwieriger Lage und die Zahl der Arbeitslosen ist durch den Schiedspruch beträchtlich gewachsen.

Hiergegen ist einzuwenden, daß wir uns gegenwärtig nicht an 34. Lohnstelle befinden. Wenn wir auch keine Veranlassung haben, uns mit unsern Löhnen hervorzuheben, so ist doch zu sagen, daß im Jahre 1923 wir langsam vorangekommen sind. Wir haben an 34., haben an 38. Stelle gestanden, aber auch schon an 14. (im Juni v. J. unter allerdings statistisch weniger erfahrenen Berufen). Ein Ende März d. J. aufgenommenen neue Ermittlung des RWG. wird erst ein genaueres Bild von dem jetzigen Rangierungsverhältnisse der Buchdrucker ermöglichen. Das, wie zum großen Schmerze der schlechten Lohnpolitik im Buchdruckgewerbe gesagt werden muß, auch nach dem jetzt erst mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums durchzubringenden Schieds- spruche einen immer noch ungünstigen Reallohn ergeben wird.

Es ist jedoch eine Tatsache, daß den Reallohn der Buchdrucker einigermassen zu heben, das Reichsarbeitsministerium beflissen gewesen ist, und daß es unser Unternehmertum deswegen zum entscheidenden Gegner bekommen hat. Dr. Brauns sollte jedoch nun nicht andern falschen Argumenten unserer Prinzipale zum Opfer fallen und die große Arbeitslosigkeit bei den Buchdruckern als eine Folge der in diesem Jahre etwas besseren Lohnerfolge für uns beurteilen. Wir erklären vielmehr folgendes: Wenn die Preispolitik der Papierfabrikanten nicht

eine so ungeheuerliche wäre und vom Reichswirtschaftsministerium nicht immer doch Sanktionen finden, wenn weiter nicht das neue Preissystem im Buchhandel mit dem Schlüssellochverfahren so aggressiv gehandhabt werden, und wenn die Lieferanten des Buchdruckgewerbes mit ihren Überpreisen in fast allen Artikeln nicht auch so produktionsverteuernd wirken, und wenn unsere Unternehmer nicht selbst gar unvernünftige Preispolitik treiben würden, die Buchdruckerlöhne haben gewiß keine solche Arbeitslosigkeit im Gefolge! Man wolle darüber die größeren Abhandlungen an erster Stelle in den Nummern 38, 42 und 43 des „Korr.“ nachlesen, wo alles gründlich dargelegt wird.

Aber wir können noch einen berufenen Zeugen aus dem andern Lager aufmarschieren lassen. Herr Otto Säuberlich, der Leiter der Großbuchdruckerei Oscar Brandstetter in Leipzig, ist schon im „Börzenblatt für den deutschen Buchhandel“ vom 24. August 1920 der Auftragsfabrikation der Verleger unter Bezugnahme auf die „hohen Buchdruckerlöhne“ mit der Behauptung entgegengetreten, daß die ungewöhnliche Verteuerung beim Papier und bei den sonstigen Materialien liege. Die Buchdruckergehilfen erhalten nicht höhere Löhne als in andern Gewerben, die Löhne könnten nicht einseitig in einem Gewerbe abgebaut werden. Es müsse daher verbitternd auf die Bucharbeiter im weitesten Sinne wirken, die bereits unter großer Arbeitslosigkeit leiden, wenn von Verlegerseite Aufträge zurückgehalten würden, bis die Druckpreise billiger geworden seien.

Weil der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns als objektiv und unparteiisch zu schätzen ist, wie aus diesen Reichstagsdebatten wieder hervorgeht, und weil seine Auffassung in der Lohnpolitik gerade der unsrer Prinzipale widerspricht, möchten wir hiermit einem Irrtum seinerseits über die Zusammenhänge in der Buchdruckerfrage begegnen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Seit dem Beginn des Frühlinges sah sich die werktätige Bevölkerung in Deutschland abermals vor einen neuen Sprung in die Teuerung gestellt. Bei jeder früheren Teuerungswelle hatte man gehofft, es werde endlich die letzte sein, aber immer wieder erwies sich diese Hoffnung als trügerisch. Mit zunehmender Marktentwertung wurde die Distanz zwischen Preisen und Löhnen ständig größer. Obwohl sämtliche Gewerkschaften eifrig bemüht sind, durch entsprechende Lohnforderungen einen schwachen Ausgleich herbeizuführen, bleiben doch immer größere Teile der Arbeiterschaft auf der Strecke liegen, und obendrein nimmt die Arbeitslosigkeit einen riesigen Umfang an. Unbestreitbar ist die allgemeine Lohnentwicklung in den ersten vier Monaten dieses Jahres weit hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten zurückgeblieben.

Diese Tatsache ist im wesentlichen das Ergebnis des von den vereinigten Unternehmerverbänden planmäßig organisierten Lohnbruchs unter skrupelloser Ausnutzung der durch den Ruhrkampf entstandenen wirtschaftlichen Lage. Das kann sozusagen attemmäßig bewiesen werden an Hand der von der Scharfmacherzentrale der Unternehmer ausgegebenen Parolen für die Behandlung von Lohnfragen. Bereits gegen Ende des Vorjahres hatte der Gesamtverband der deutschen Industriellen an seine Unterverbände die Inweisung ergehen lassen, mit Lohnhöhungen im Monat Januar zurückzuhalten. Damals wurde hingewiesen auf die bevorstehenden, angeblich erfolgsversprechenden Pariser Verhandlungen, die eine Wertsteigerung der deutschen Mark mit sich bringen und zu ihrer Stabilisierung führen würden. Mit einer gewaltigen Niederhaltung der Löhne glaubten die Unternehmer die Warenpreise senken zu können, ohne natürlich daran zu denken, ihre eigene Profitrate nur irgendwie zu verringern. Bezeichnenderweise begeisterte sich auch die Reichsregierung für die Pferdekur des Unternehmertums. Reichswirtschaftsminister Becker entpuppte sich sogar als Hauptstütze jener Stimmungsmache, die jedwede Lohnhöhung verhinderte. Die ihm nachgeordneten getreuen Helfer in den Schlichtungsstellen hielten sich für verpflichtet, allesamt in das gleiche Horn zu pfeifen, und so gelang die planmäßige Herabdrückung der Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger. Daß von einer Preisentwertung für Lebensmittel und Bedarfsartikel bis dahin absolut noch nichts zu verspüren war, genierte die lohnabbauklüsternden Unternehmer ebenso wenig wie das Faktum, daß gegenüber der Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger in der Vorkriegszeit geradezu ungeheuerliche Verschlechterungen zu verzeichnen sind. Nactus Profitinteresse allein leitete die Unternehmer bei ihren Lohnbruchsabsichten. Um die vielgepriesene Einheitsfront anzulänglich der Rubrikation scherten sie sich den Teufel, trotz aller schönen Versprechungen. Triumphierend verkündete ein Mitte April der Öffentlichkeit bekannt gewordenes Rundschreiben des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe folgendes:

Im allgemeinen kann festgesetzt werden, daß die deutschen Arbeitgeberverbände sich an die von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände herausgegebenen Richtlinien gehalten haben, für den Monat März keine Löhne zu erhöhen zu gewähren, sondern höchstens die Löhne an das allgemeine Preisniveau anzupassen. Es steht fest, daß für den gesamten Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, wichtige Bezirke der metallverarbeitenden Industrie, der Papierindustrie, der Kunststoffindustrie usw. eine Lohnhöhung für März nicht geachtet worden ist. Für insgesamt 2,5 Millionen Arbeiter sind die Lohnhöhungen im Wege der „Anpassung“ durch

Schiedspruch festgesetzt, im allgemeinen jedoch von Arbeitgeberseite abgelehnt worden. Vielsach sind Schiedsprüche bei unüberbrückbaren Gegensätzen gar nicht zustande gekommen. Belsach sind infolgedessen die Lohnverhältnisse für März gar nicht tariflich geregelt, sondern es werden die Februarlöhne auf Grund letzter Angebots der Arbeitgeber tariflos zur Auszahlung gebracht. Um zu verhindern, daß die Anpassungstheorie schließlich doch noch das ganze Lohnniveau ins Wanken bringt, ist nach wie vor entscheidender Wert darauf zu legen, daß die erreichten Spitzenlöhne nicht nochmals „zum Zweck der Anpassung an das Preisniveau“ heraufgesetzt werden.

Der Tarifausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird am 5. April zu einer Aussprache über die Durchführung der Lohnpolitik im Monat März und über die für April in Frage kommenden Richtlinien zusammentreten. Wir richten deshalb auf Veranlassung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an unsere Bezirksverbände die dringende Bitte, vor Bekanntwerden des Ergebnisses dieser Tarifausschubstung sich in Erörterungen über die Regelung der Aprillöhne, soweit etwa neue Lohnforderungen gestellt sein sollten, nicht einzulassen... Die Notwendigkeit, auch für den April von weiteren Lohnhöhungen Abstand zu nehmen, ist durch die Fortführung der Stütungsaktion und die Preisbildung auch unbedingt gegeben.

Die Stütungsaktion der Reichsregierung geht unverändert weiter und hat im Laufe der letzten Zeit ihren Charakter als eine auf lange Sicht bemessene Regierungsmaßnahme befestigt. Dies ist in gewissen Gerüchten gegenüber ausdrücklich festzustellen, die behaupten, daß in nächster Zeit mit einem weiteren Ansteigen des Dollars zu rechnen ist.

Zunächst ging aus diesem Rundschreiben hervor, daß die Verweigerung von dringend notwendigen allgemeinen Lohnhöhungen auf Anweisung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der bekannten Scharfmacherzentrale des Unternehmertums, erfolgte. Geradezu lächerlich muß unter den inzwischen eingetretenen Umständen der Hinweis auf die „auf lange Sicht bemessene“ Stütungsaktion der Reichsregierung wirken, und in Verbindung damit der Hinweis auf den stabil bleibenden Dollarkurs. Das Gegenteil ist zur Wahrheit geworden. Sozusagen über Nacht sind die mühsam erkämpften Löhne der Arbeiterschaft durch die Manöver gerissener Börsenjobber entwertet worden, während gleichzeitig durch dieselben Machenschaften die Profite der Warenbesitzer ins Ungemessene steigen. Man muß es begrüßen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Verfolg einer Interpellation der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft über die Vorgänge beim letzten Marksturz einen Antrag eingebracht hat, der die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses fordert, „der die Wirksamkeit der von der Reichsregierung und der Reichsbank zur Stützung der Mark getroffenen Maßnahmen prüfen und die Wirklungen feststellen soll, die zur Erschütterung der Stütungsaktion für die Mark auf dem Geldmarkt geführt haben“. Statt des verheißenen Preisabbaues sieht sich die Arbeiterschaft aufs neue durch die Bucherwirtschaft der Kartelle und Syndikate und die Preistreiberei des Spekulantentums einer unerträglichen Verelendung ausgeliefert. Viele Tausende von Arbeiterfamilien können kaum noch die notwendigen Lebensmittel kaufen, geschweige denn irgendwelche Anschaffungen für Haushalt und Bekleidung machen.

Nachdem in einem Rundschreiben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom 24. April deren Mitglieder dringend gebeten worden waren, sich selbst noch jeder Entscheidung für die Lohnpolitik zu enthalten und die Gewerkschaften auf Verhandlungen Anfang Mai zu verweisen, hat am 2. Mai ein neuer Kriegsrat der Unternehmer stattgefunden, um zur Frage der Lohnpolitik für den Monat Mai Stellung zu nehmen. Wohin die Fahrt gehen soll, ging bereits aus dem erwähnten Rundschreiben hervor, in dem es weiter hieß: „Auch für den Monat Mai kann nur eine solche Lohnpolitik für uns in Frage kommen, die die politisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkte in der Frage des Ruhrabwehrkampfes mit der wirtschaftlichen Lage der Betriebe und den Zielen der Regierung, wie bisher, in Einklang zu bringen sucht“. Man kann gespannt darauf sein, was sich hinter den von der Unternehmerzentrale hinsichtlich der Lohnpolitik vorträgen, „politisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ verbirgt. Das bisherige Verhalten der schwerindustriellen Kreise läßt mit Bestimmtheit darauf schließen, daß es in der Lohnpolitik an wohlfeilen Mahnungen an die Adresse der Arbeiterschaft zum „Durchhalten“ usw. auch fernerhin nicht fehlen wird, während die eigene vaterländische Opferwilligkeit einen Hund jammern muß. Die verberrliche Rolle, die die Großindustriellen im politischen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands spielen, ist auch im Auslande nicht unbeachtet geblieben. Vor kürzerer Zeit hat der demokratische Reichstagsabgeordnete Ertelen in einem Aufsatz des „Leipziger Tageblatts“ einige Proben von der politischen Meinung zum besten gegeben, die er auf einer Reise in England vorfand. Selbst unter tüchtigen englischen Politikern begegne man, so schrieb Ertelen, immer wieder der Ansicht, Deutschland verfolge man, sich selbst zu helfen und warte stets auf Hilfe von andern. Besonders die Bestehenden hätten nie auch nur angedeutet, zu welchen Opfern sie bereit seien für Deutschlands Freiheit. Gegen die Geldentwertung sei nie etwas unternommen worden. Stattdessen hätten sich Teile Deutsch-

lands an der Geldentwertung bereichert. Eine wirkliche patriotische Haltung, die Deutschlands Lage in Rechnung setzt, sei kaum zu finden. Die Steuerpolitik sei schlecht. Die Besitzenden drückten sich systematisch von der Zahlung der Steuern. Das mache den denkbar schlechtesten Eindruck in einem Lande wie England, dessen bestehende Klasse sehr hohe Steuern zahle. Die Großindustrie habe ungeheure Vermögen im Auslande versteckt. Wie sei es möglich, daß Herr Stinnes im Auslande ein Unternehmen nach dem andern erwerbe? Überhaupt wirke die Haltung der deutschen Großindustrie fast verheerend für das deutsche Ansehen im Auslande.

Was hier ein bürgerlicher Politiker in seinem Auftrage so viel sagend andeutete, nämlich die Opferunwilligkeit der bestehenden Klassen in Deutschland, wirkte sich bereits verschiedentlich zum Schaden unserer Volksgemeinschaft aus, in erster Linie in der Steuergebung, die mehr und mehr zum Steuerfandal ausartet. Mangelnder Opferinn der Sachwertbesitzer erwies sich als Haupthindernis für den unzweifelhaften Erfüllungswillen des früheren Reichsanstalters Wirth. Mangelnder Opferinn machte das sogenannte Kreditangebot der Industrie illusorisch, ebenso die Dollaranleihe. Um so eifriger legte sich das Großkapital aber gegen die Markführungaktion ins Zeug. Was uns nach alledem von der deutschen Kapitalistenklasse, deren Patriotismus nur bis zum Geldbeutel geht, erblicken wird bei dem Versuch, das Ruhrabenteuer der französischen und belgischen Imperialisten und Kapitalisten zu Ende zu führen, kann man sich lebhaft vorstellen. Die Anzeichen dafür, daß sowohl in der französischen und belgischen als auch in der deutschen Schwerindustrie die Verständigungsberettschaft im Wachsen begriffen ist, mehren sich. In diesen Kreisen sind ja die eigentlichen Urheber für die militärische Besetzung des Ruhrgebiets zu suchen. Während die einen von der Eroberung der industriellen Vorherrschaft über ganz Europa träumten, glaubten die andern aus einem etwaigen französisch-englischen Gegenfakt Nutzen ziehen zu können. Doch es ist anders gekommen. Das Wirtschaftsleben hat seine eignen Gesetze, die sich durch brutale Gewaltanwendung nicht beeinflussen lassen. Der bewundernswert durchgeführte passive Widerstand der Arbeiter- und Angestelltenchaft im Ruhrrevier machte die Hoffnungen der Franzosen und Belgier zunichte. Man beginnt einzusehen, daß mit dem Kopf nicht durch die Wand zu kommen ist, und daß infolgedessen ein anderer Weg beschritten werden muß. Allerdings ohne sehr beträchtliche Opfer des Besitzes wird es kaum abgehen. Darüber sind sich schließlich auch die Kreise der deutschen Grobverdiener nicht im Unklaren mehr. Für sie kommt jetzt alles lediglich darauf an, das unabweisliche Mammonsoffer auf ein Mindestmaß herabzubringen, und so viel als möglich auf andre Schultern abzuwälzen. Was liegt unter solchen Umständen näher für das Unternehmertum, als sich in der Wohnpolitik entsprechend ein- und umzustellen, und mit Hilfe einer willfährigen Regierung einseitige Unternehmerinteressen zu wahren? Das sind die tieferen Beweggründe für die gegenwärtige Lohnpolitik der deutschen Unternehmer, deren unverantwortliche Ratgeber sämtlich nach der Pfeife der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände tanzen, wie wir das eingangs geschildert haben. Im stillen Einverständnis mit der Reichsregierung, verschämt hinter „politisch-waterländische“ Phrasen, will man auf Unternehmerseite trotz wachsender Teuerung das Realeinkommen der Arbeiter durch sehr minimale Lohnerhöhungen herabdrücken. Wo das infolge Unterschreitung der Grenze des Existenzminimums zur Unmöglichkeit wird, wird einfach die Beseitigung des Achtstundentages ins Auge gefaßt, um durch verlängerte Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen sich für alle Fälle schadlos zu halten. Die ungeheuerliche Arbeitslosigkeit, die heute in Deutschland herrscht, erleichtert den Unternehmern die Verfolgung reaktionärer Absichten. Um so mehr müssen alle Arbeiter und Angestellten entschlossen sein, alles das, was mit großer Mühe und in harten Kämpfen bisher erreicht worden ist, zu schützen und auszubauen. Die bevorstehende Liquidierung des Ruhrabenteurers durch das internationale Kapital wird insbesondere für die deutsche Arbeiterschaft eine Steigerung der gewerkschaftlichen Lohnkämpfe mit sich bringen. Die Arbeiterschaft ist gewiß bereit, ebenfalls ihren Anteil an den Reparationskosten zu tragen, aber sie fordert das in weit höherem Maße von der bestehenden Klasse. Kampfbereit sein bedeutet in der gegenwärtigen Situation für die Arbeiter und Angestellten alles. Was heute noch Brotkampf ist, kann übermorgen schon Kampf um Recht und Freiheit sein. Alles ist von Machtverhältnissen abhängig.

Die gewerkschaftlichen Erfolgsmöglichkeiten sind um so größer, je geschlossenere und fester alle Lohn- und Gehaltsempfänger zusammenstehen. Aus diesem Grunde muß man den Organisationsvertrag begreifen, der vor wenigen Wochen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund zum Abschluß gelangte. Dieser Vertrag dient zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten und zur höchsten Steigerung ihrer organisatorischen Kraft und ihres Einflusses im Wirtschaftsleben. Unter Anerkennung des Grundabes der parteipolitischen und religiösen Neutralität soll versucht werden, den sozialen Aufstieg aller Beteiligten zu beschleunigen. Die Frage des Zusammenwirkens der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten war schon seit langer Zeit Gegenstand lebhafter Erörterungen in Gewerkschaftskreisen. Seit November 1918 haben wiederholt Verhandlungen zwischen den Vorständen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der drei Arbeitnehmergruppen statt-

gefunden. Sie führten, soweit es sich um die Arbeiter und Angestellten handelte, zu einem Organisationsvertrag zwischen dem ADGB und der Afa, der am 12. April 1921 unterzeichnet wurde. Mit dem Deutschen Beamtenbund haben bereits im Jahre 1919 eingehende mündliche und schriftliche Erörterungen stattgefunden, die infolge des Verhaltens des letzteren scheiterten. Auch zwei Jahre später wieder eingeleitete Verhandlungen verfloßen ergebnislos, nachdem der Deutsche Beamtenbund forderte, daß ein zu treffendes Abkommen in der Formulierung so gefaßt sein sollte, daß ihm auch alle andern Spitzenorganisationen, z. B. der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund usw., beitreten könnten. Die am 18. Juni 1922 in Leipzig erfolgte Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bereite dann endgültig den Boden für den inzwischen zustande gekommenen Vertrag vor. Seine sechs Paragrafen behandeln in ihrem ersten Teil vorwiegend grundsätzliche Fragen, im zweiten Teil dagegen das technische Zusammenarbeiten innerhalb der Einheitsfront. Nach dem § 1 vertreten die drei Organisationen den Grundgedanken, daß die wirtschaftspolitischen und die gemeinwirtschaftlichen Interessen stets den privaten Einzelinteressen voranzustellen sind, ferner, daß der soziale Aufstieg der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten die Erhaltung der deutschen Republik zur Voraussetzung hat und daß deshalb jeder Verletzung der republikanischen Verfassung im Reich und in den Ländern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken ist. Außerdem wird betont, daß die drei Organisationen auf dem Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Six Amsterdams) stehen. Im § 2 wird festgesetzt, daß jede der drei Spitzenorganisationen organisatorisch selbständig ist. Wenn auch die drei Organisationen sich verpflichten, in allen gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, die die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten berühren, zusammenzuwirken, so behält doch in Fragen, die nur die Interessen einer Gruppe unmittelbar berühren, jede Spitzenorganisation ihre Selbständigkeit.

Soweit möglich, sind nunmehr alle organisatorischen Voraussetzungen erfüllt, um Arbeiter, Angestellte und Beamte in drei mächtigen Heeresmäulen für gewerkschaftlich-kulturelle Aufgaben und große wirtschaftspolitische Ziele kämpfen zu lassen. Der Kampf aber wird nur dann ein siegreicher sein, wenn sich auch die Mitglieder der beteiligten Verbände als überzeugte und gut disziplinierte Gewerkschaftler fühlen, solidarisch und zu jedem Opfer bereit!

Welche Maßnahmen hat der ADGB. gegen die Verelendung der Arbeiterschaft ergriffen?

(Vortrag des Genossen Spliedt vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in der Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer am 25. April.)

Die Verelendung der deutschen Arbeiterschaft ist eine Folgeerscheinung des für uns verlorenen Weltkrieges. Sie ist mit verursacht durch die zu geringe Entlohnung für geleistete Arbeit, und der deutsche Arbeiter ist heute nicht mehr in der Lage, mit seinem wöchentlichen oder monatlichen Lohn die Lebensbedürfnisse für sich und seine Familie sicherstellen zu können. Es steht fest, daß nach dem Kriege der Reallohn des deutschen Arbeiters von Monat zu Monat, von Woche zu Woche gesunken ist. Zur Beurteilung dieses Niederganges unseres Arbeitsverdienstes muß man verstehen, daß die Entwicklung der Löhne abhängig ist von den gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen. War vor dem Kriege auch durch jahrelangen mühseligen Kampf mit Hilfe der Gewerkschaften ein langamer Aufstieg unserer Löhne zu verzeichnen, so haben wir jedoch nie den Standard der englischen Arbeiterschaft erreicht. Der deutsche Lebensmittelstandard beträgt heute das 2800- bis 3000fache der Vorkriegszeit, unsere Löhne sind aber nur um das 1500- bis 1800fache gestiegen, also unter Berücksichtigung der Geldentwertung immer noch niedriger als vor dem Kriege. Diese niedrigen Löhne sind mit der Hauptfaktor, der zur Verelendung der deutschen Arbeiterschaft geführt hat. Ihre Auswirkung findet diese Verelendung in unsern Gesundheitsverhältnissen, in den Wohnverhältnissen — von 1/2 Billion dem Reich zur Verfügung stehenden Geldern für den Wohnungsbau können noch nicht 20 000 Wohnungen gebaut werden! —, in der Not der Sozialrentner und der Kriegsofer, in dem Verfinstern des Mittelstandes und, für die Arbeiterschaft besonders fühlbar, in der täglich sich steigenden Arbeitslosigkeit.

Worin liegen nun die Ursachen dieser Verelendung? Erstens in der weltwirtschaftlichen Entwicklung, zweitens in den außenpolitischen Wirkungen. Der Weltkrieg war die Auseinandersetzung zweier großer Wirtschaftsimperien. Mit dem verlorenen Krieg hat Deutschland auch seine Wirtschaft verloren. Deutschland ist Industrieland, ist im Besitz von Kohle und Eisen, hat eine Montanindustrie. Nun verlangt der Friedensvertrag Kohle und Erz von uns. An Polen haben wir die Quellen unserer Zinn- und Bleiproduktion verloren. Wir haben den Verlust unserer Handelsflotte zu verzeichnen. Als von unsern Gegnern auferlegte Lasten kommen die ungeheuren Besatzungskosten hinzu. Die Kriegsentwädigung von 1870 würde noch nicht einmal ausreichen, nur diese Besatzungskosten zu decken. Das alles zeigt uns, daß Deutschland verarmt ist. Der Sozialrentner ist heute kapitallos und jeder Arbeiter spürt den Raub seiner mühselig ersparten Ersparnisse. Obwohl der Weltkrieg nun schon vier Jahre hinter uns liegt, haben wir immer noch

den Krieg im Frieden, dessen endgültige Beilegung nur an dem Widerwillen Frankreichs scheitert.

Wie ist dieser Widerwillen zu erklären? Frankreich, das Land der kleinen Rentner hat nur eine kleine Industrie. Durch den Krieg hat es sein Nationalvermögen an Rußland verloren und mußte fremde Hilfe in Anspruch nehmen. Die führenden Köpfe Frankreichs sind nun zu der Überzeugung gekommen, daß mit diesem alten französischen System gebrochen werden muß, Frankreich muß sich umstellen, es muß Industrieland werden. Als aus dem Weltkrieg hervorgegangener Sieger verlangt es von uns Eisen und Kohle zum Aufbau seiner Montanindustrie — es will mit England in den Konkurrenzstreit treten. Eine weitere Erklärung des Widerwillens Frankreichs zur Verständigung liegt in der Furcht vor der Revolution. Bis zu Ausbruch des Krieges ist dieser Gedanke in Frankreich gepflegt worden und findet auch heute leider in großen Teilen des deutschen Volkes, die abseits der Arbeiterklasse stehen, guten Nährboden. Und an diese historische Aufgabe, beide Völker von diesem Revolutionsgedanken zu befreien und die Erfüllung der auferlegten Kriegslasten Deutschlands auf ein überhaupt mögliches und für das deutsche Volk erträgliches Maß herabzuschrauben, hat der ADGB mit seiner ganzen Kraft und nicht ohne Erfolge mitgearbeitet und so zu einem Verstehen der Völker beigetragen.

Durch den Friedensvertrag wird Deutschland und ist auch dazu verpflichtet, das zerstörte Gebiet wieder aufzubauen. Vom ersten Friedenstag an hat Deutschland seine Bereitwilligkeit hierzu erklärt. Schon in den Jahren 1918/19 haben die deutschen Gewerkschaften und die Regierung mit Belgien und Frankreich über den Wiederaufbau verhandelt. Ein Dornenweg der Bemühungen war es, der von uns beschritten wurde; aber alles zerbrach sich, immer wieder und wieder scheiterten alle Verhandlungen an dem hartnäckigen Widerstande Frankreichs, nicht einmal zu einem teilweisen Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete ist es gekommen. Zu diesen Bemühungen, zu ertragbaren Friedensbedingungen zu kommen und den Aufbau der zerstörten Gebiete zu ermöglichen, kam der Kampf um die Ruhrfrage. Wenn man heute der Aufnahme von Verhandlungen über diese Frage schon bedeutend nähergekommen ist und solche in kürzester Zeit auch zu erwarten sind, so ist das mit dem forgesetzten Drängen des ADGB, zu danken. In all dem liegt eine Fülle von Arbeit, die der ADGB geleistet hat, die aber vielen noch unbekannt und nicht so in der Öffentlichkeit bemerkt worden ist.

Zu dieser Arbeit aus den Folgeerscheinungen des Krieges kommt der Kampf nach innen, der seinen Ausdruck fand in der Preispolitik, in der Ernährungsfrage, der Steuerfrage, der Gemeinwirtschaft und in der Außenhandelsfrage. Bei Bearbeitung all dieser Fragen mußte leider festgesetzt werden — und das muß einmal ausgesprochen werden —, daß der Intellekt der deutschen Arbeiterschaft nicht immer ausreichte, um in den betreffenden Instanzen dem Unternehmertum gegenüberzutreten. Wohl ist die deutsche Arbeiterschaft reif, Kämpfe um Lohn und Arbeitszeitverkürzung zu führen; sie ist aber nicht firm in Wirtschaftspragen; hierin muß sie noch einen großen Schulungsprozeß durchlaufen.

In dem Kampf um die Ernährungsfrage hat zweifellos die Landwirtschaft gesiegt. Sie kann diktieren, weil keine Konkurrenz vorhanden ist. Im Kampf gegen die freie Wirtschaft sind wir unterlegen; unsere Vertreter im Reichstag hatten nicht die Macht, die Gesetzgebung so zu gestalten, daß der Landwirtschaft der ungeheure Mehrertrag entzogen und dem übrigen notleidenden Volke durch billigere Lebensmittel zugeteilt werden konnte. Diesen Zustand hat aber die Volksmasse mit verschuldet, indem sie zum großen Teil bei der Reichstagswahl für die hitleristischen Parteien, also auch für die Vertreter der Landwirtschaft, stimmte. Diesellen Auswirkungen zeigen sich in der Steuerfrage. Als schreiende Ungerechtigkeit muß es empfunden werden, daß der größte Teil der Steuern (90 Proz.) von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht wird, während die Kapitalisten durch das späte Einschießen ihrer Steuern bei der immer weiteren Entwertung des Geldes noch ein gutes Geschäft machen. Gegen dieses Steuerunrecht sowie gegen den Überertrag der Landwirtschaft hat der ADGB mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln angeknüpft.

Die gleiche Kraft wurde aufgebracht in dem Kampf um die Sozialisierung, um die gemeinwirtschaftliche Regelung der Betriebe. Geht es hierin auch nur langsam vorwärts, so ist doch die Entwicklung in der letzten Zeit als eine Vorarbeit für diese Idee anzusehen. (Zwischenruf: Die Sozialisierung marschiert?) Ja, warum marschiert sie nicht so schnell, wie es gewünscht wird? Weil die Sozialisierung nur möglich ist durch das Eindringen in das Erleben der Massen. Nur langsame, folgerichtige Entwicklung führt zum Erfolg; ein Sturmschritt hierin muß mit dem Chaos enden. Nicht immer ist in dieser Frage von der Arbeiterschaft der richtige Weg beschritten worden. Das Genossenschaftswesen findet heute noch nicht die eigentlich selbstverständliche notwendige Beachtung. Auch der heute schon teilweise erreichte gemeinwirtschaftliche Betrieb ist nicht immer der beste, weil die Träger des Betriebes noch nicht reif für diese Idee sind. Aber auch in dieser Frage hat der ADGB vorwärts getrieben — und nicht ohne Erfolg!

Sehr schwierige und dauernde Verhandlungen sind in der Arbeitszeit- und Lohnfrage zu führen. Das Verlangen der Unternehmer nach Beseitigung des Achtstundentages ist härter denn je. Immer wieder wird von ihnen argumentiert, daß die vorhandenen Auswirkungen in der Sozialpolitik der Hemmschuh für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands sind. Besonders soll es die Demobilisationsverordnung sein, die es dem Unternehmer nicht ermöglicht, überflüssige Arbeitskräfte

sofort abstoßen zu können. Zu diesen Aufgaben des ADGB gehört auch der Kampf um die sozialpolitischen Gesetzentwürfe im Reichstag (Arbeitszeitgesetz, Arbeitsnachweisgesetz, Schlichtungsordnung usw.), von denen allerdings die bedeutendsten noch unentschieden sind. Auch hierbei ist festzustellen, daß es einem sehr großen Teil der Arbeiterschaft noch gar nicht bekannt ist, welche große Gefahren für sie durch das Eintreten des ADGB abgewendet werden könnten. In Betracht zu ziehen seien aber auch die christlichen und anderen Gewerkschaften, die zwar ebenfalls Sozialpolitik betreiben, dabei aber von ganz anderen Anschauungen ausgehen und so sehr oft für uns hindernd in Erscheinung treten. Zur Lohnfrage liegen aus dieser Versammlung Anträge vor, die die Löhne der Vorkriegszeit verlangen. Warum ließ sich das bis heute nicht erreichen? Bisher standen die Löhne immer hinter der Entwertung des Geldes zurück. Wir haben eine 3000fache Entwertung, aber noch nicht einmal eine 2000fache Steigerung der Löhne zu verzeichnen, obwohl wir die Weltmarktpreise zum Teil doch erreicht haben. Und hierin liegt die ungeheure Ausbeutung der Arbeiterklasse. Der Standpunkt der Unternehmer ist: die Wirtschaft ist nicht in der Lage, höhere Löhne zu zahlen. Bei einem Dollarstande von 800 hatten wir eine gute Konjunktur zu verzeichnen, während wir bei dem heutigen Dollarstande von 25 000 bis 30 000 eine unnatürlich grobe Arbeitslosigkeit aufzuweisen haben, was vor allem seine Ursache in der Unterbindung der Ausfuhr unserer Überprodukte hat. Ein Teil Schuld trägt hierin auch unsere ganze Steuerlegislation, die sich letzten Endes immer wieder durch eine Verteuerung auch unserer Ausfuhrprodukte auswirkt. Trotz aller dieser Schwierigkeiten hat der ADGB, in den maßgebenden Instanzen sein denkbar möglichstes getan, die Löhne heraufzusetzen. Dasselbe ist zu sagen bezüglich der Entschädigungen für die Sozialrentner und die Kriegrentner.

Ein großes zu erledigendes Problem ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Hierfür sind zwei Wege beschritten worden: Die finanzielle Unterstützung der Arbeitslosen und die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Zwar haben andre Länder, wie z. B. England, eine viel größere Zahl Arbeitsloser, aber der englische Arbeiter hat bei voller Arbeit auch bedeutend höhere Löhne aufzuweisen als der deutsche Arbeiter. Auch die Arbeitslosenunterstützung (15 Schilling) ist dort beträchtlich höher, und die Unterstützungsdauer (34 Wochen) länger als in Deutschland. Die versteckte Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit — eine Folgeerscheinung der Demobilisationsverordnung — tritt in andern Ländern bedeutend weniger in Erscheinung als bei uns. Während das Ausland seit 1920 ein dauerndes Steigen der Arbeitslosenkurve aufzuweisen hat, ist in Deutschland dieser Zustand erst mit der Entwertung des Geldes eingetreten. Hat nun die staatliche Unterstützung für die Arbeitslosen auch nie die notwendige Höhe erreicht, so sind aber auch hier wenigstens Teilerfolge zu verzeichnen (siehe die neuen Sätze der Erwerbslosenfürsorge). Wenn diese Unterstützung nicht höher bemessen werden konnte, so lag das an dem gezwungenen zugeknöpften Verhalten des Reichsfinanzministers, der infolge der schlechten finanziellen Lage Deutschlands hierfür keine höheren Mittel zur Verfügung stellen konnte. Immerhin ist es den Bemühungen des ADGB gelungen, wie bereits bekannt, für das Buchdruckgewerbe, das Textilgewerbe, die Tabakarbeiter und die Schuhmacher die Bezugsdauer von 26 auf 39 Wochen zu erhöhen, auch für Ledige, und auch sonst Milderungen bei teilweisem Nebeneinkommen durch Familienangehörige zu schaffen. Die Unterstützungssätze für Kurzarbeiter wurden ebenfalls erhöht und der zu späten Auszahlung der Unterstützung soll nach Möglichkeit abgeholfen werden. Auch die zweite Lösung der Frage: Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, hat gute Erfolge aufzuzeichnen, wenn auch gerade die Buchdrucker hiervon am wenigsten profitieren. Kostbararbeiten in großem Maße sollen in Angriff genommen werden und bedeutende Mittel sind hierfür zur Verfügung gestellt. Vor allem soll die Bau-tätigkeit wieder eine Belebung erfahren. Leider stand in bezug auf Berlin auch hier die trostlose Lage der Berliner Finanzen hindernd im Wege.

Zum Schluß kommandierte Redner aus: Der Kampf der deutschen Arbeiterschaft um Verbesserung ihrer Lebenslage kann nur von Erfolg gekrönt sein, wenn innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wie der Arbeiterbewegung überhaupt, von den Christlichen bis zu der extremen Linken, Geschlossenheit und Einigkeit vorhanden ist. Wenn die Frage gestellt wird, was hat der ADGB gegen die Verelendung der Arbeiterschaft getan, so muß dem die Frage gegenübergestellt werden: Was wäre aus der deutschen Arbeiterschaft geworden, wenn der ADGB und die Gewerkschaften nicht gewesen wären? Schlimmes steht der Arbeiterschaft noch bevor, dunkel ist die Zukunft, und nur der baldige Abschluß des Ruhrkampfes kann uns eine Klärung bringen. Wir müssen aus der Geldverschlechterung heraus und wieder zu einer Stabilisierung der Währung kommen, und zwar ist dies nur möglich durch einen Eingriff in die Substanz — eine Notwendigkeit, von der selbst schon verantwortliche Führer des Unternehmertums überzeugt sind! Die so viel geforderte Erfassung der Sachwerte ist ein Ziel, das studiert sein will. Hätten wir vor einem Jahre die Sachwerte erfasst, wären sie mit unserer heute zertrümmerten Wirtschaft ebenfalls verfallen. Unsere Arbeit ist heute eine völlig unproduktive. Durch Einführung arbeitsfreier Methoden, Ausnutzung aller technischen Fortschritte, müssen wir die Produktion wieder heben und uns wieder Absatzmöglichkeiten für unsere Produkte schaffen, um so zu einer Gesundung unserer Wirtschaft zu kommen. Der kommende Kampf wird vor allem um die Erhaltung des Achtstundentages und auch wieder um Lohn-

erhöhungen geführt werden müssen. Deswegen darf sich die Arbeiterschaft von dem Wege der Gewerkschaftsbewegung nicht abbringen lassen. Die Buchdrucker, die in der Gewerkschaftsbewegung schon immer die Pioniere der Arbeiterbewegung waren und es auch heute noch sind, werden auch in den bevorstehenden Kämpfen wieder ihren Mann zu stellen haben, wenn sie auch als geistiger Beruf unter den jetzigen Verhältnissen besonders schwer zu leiden haben. Der erste Angriff der Buchdruckerprinzipale auf Lohnabbau zeigt, wohin der Weg der Unternehmer führt. Deshalb Einigkeit und Geschlossenheit in den Gewerkschaften, Vertrauen zu den Führern, denn der Aufbau Deutschlands kann nur das Werk einer einzigen, freien und selbstbewußten Arbeiterschaft sein! (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Als erster Diskussionsredner führte Kollege Schreiter aus: Der Geist der Einigkeit muß auch in der Gewerkschaftsbewegung aufrecht erhalten werden, trotz Meinungsverschiedenheiten. Seine Ansicht deckt sich in vielem mit der des Referenten, nur habe der Vortragende das nationale Moment zu stark betont. Der internationale Gedanke habe beim ADGB nicht die Grundlage gefunden, die ihm gebühre. Diese Krise sei nur international zu lösen und hierin habe die Amsterdamer Internationale versagt. Der ADGB habe seine Maßnahmen nur im Rahmen Deutschlands gezogen und die Einstellung des russischen Faktors unterschätzt. Deutschland frante nicht an einem mangelhaften Intellekt, der ADGB habe sich nur eine mangelhafte Überwachung dieses Intellekts ausfinden kommen lassen. Vom ADGB müsse verlangt werden, daß er seine ganze Kraft aufbringt, die geistige Widerstandskraft der Arbeiterschaft zu stärken. Der Rückgang der Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften ist auf eine Verärgerung der Arbeiterschaft gegenüber der Tätigkeit des ADGB zurückzuführen. Die Durchdringung des Genossenschaftsgedankens, die Erlangung einer Mehrheit in den Parlamenten seien nur Palliativmittel, Utopien. Mit den bisherigen Mitteln und auf dem zur Zeit eingeschlagenen Wege sei keine Besserung für die Arbeiterklasse zu erwarten. Alle Reformen seien nur Selbstzweck, nur Nebensache. Der entscheidende Faktor sei die Eroberung der politischen Macht, die Einstellung des ADGB auf den revolutionären Klassenkampf. Derartige Bewegungen, die dazu angetan waren, den Klassenkampf zu fördern, habe der ADGB aber stets unterdrückt, wie im süddeutschen Metallarbeiterstreik, im Textilarbeiterstreik und in Ludwigshafen. Auch das Zusammenarbeiten in der Arbeitsgemeinschaft sei zu verwerfen. Der Unternehmer, als unser natürlicher Feind, könne nie den Weg für uns ebnen. Dasselbe zeige sich in der Ruhrhilfe. Die Unternehmer werden aus diesem Fonds bedeutend unterstützt, die Arbeiter erhalten wenig oder gar nichts. Die Eigenpresse berichtete über die Ruhrbewegung genau wieder so wie während des Krieges. Redner will auch die Einigkeit der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften, aber die Kommunisten dürften nicht so mit Mißachtung behandelt werden wie auf dem letzten Gewerkschaftskongress. Im großen und ganzen könne man nur sagen, daß der ADGB nichts Nennenswertes geleistet habe. Die Gewerkschaften sollen aber die Stütze der Arbeiterschaft sein und das Mittel, den Gegner niederzuzwingen. Die Eroberung der politischen Macht sei nur möglich durch die Schaffung einer reinen Arbeiterregierung; ein Vorläufer hierin sei Sachsen. Zur Erreichung dieses Zieles sei aber bisher alles gescheitert. Die halbe Revolution des November müssen wir zur ganzen machen, dann können wir mit Liebedeist sagen: Ich war, ich bin, ich werde sein! Trotz alledem!! (Beifall.)

Kollege Mahlo bemängelte die Stellungnahme des ADGB zur Tabaksteuer sowie die des Abgeordneten Geyer gegen die Bänderolsteuer und das Verhalten der Reichstagsfraktion beim Kaffeestoll. Durch letztere Stellungnahme sei die Ein- und Ausfuhr nach Brasilien zum Schaden unfres Volkes behindert. Redner verlangte weiter als stabilen Wertmesser bei künftigen Lohnverhandlungen die Kohle oder das Getreide in Betracht zu ziehen.

In seinem Schlußwort führte der Referent Spieß aus, daß das Gegenteil von dem wahr sei, was in dem kommunistischen Flugblatt über die Ruhrhilfe verbreitet werde; es sei dies eine bewußte Zerschlagung der Arbeiterschaft. Die Ruhrhilfe werde paritätisch verwaltet und kein Unternehmer habe bis jetzt hieraus auch nur einen Pfennig erhalten. Aber es existieren noch andre Sammlungen, so die Ruhrhilfe der Landwirtschaft, die bis jetzt 3000 Waggons Lebensmittel aufgebracht hat, aber auch paritätisch verwaltet wird. Daß nun bei Verteilung dieser Lebensmittel, wie in dem kommunistischen Flugblatt behauptet wird, ein Arbeiter nur ganze 25 Eier bekommen hat, mag zugegeben sein, kann aber bei diesem komplizierten Verteilungsapparat mitunterlaufen, ist doch aber wohl nicht von so ausschlaggebender Bedeutung, daß man das in einem Flugblatt der Öffentlichkeit unterbreiten mußte. Die Ruhrhilfe hat bis jetzt zur Verteilung gebracht: 500 Millionen für Kartoffeln, 300 Millionen für die Kinder und 100 Millionen für die Verpflegung Inhaftierter. Im Gegensatz zum ADGB, der die Reform will, wollen die Kommunisten die direkte Aktion. Was ist nun „direkte Aktion“ und wohin hat sie geführt? In Italien wurden die Betriebe beschlagnahmt. Der Erbe dieser Vorgänge ist der heutige Faschismus! Auch der deutsche Faschismus ist nur das Produkt unfreier Verhältnisse, unfre Jugend fühlt sich betrogen. Aber bei uns wird und muß diese Bewegung an dem Widerstand der Gewerkschaften zerbrechen. Ein weiteres Beispiel der direkten Aktion haben wir von Ungarn, das dritte Beispiel sei Rußland. Redner ver-

breitete sich noch ausführlich über die russischen Wirtschaftsverhältnisse und kam hierbei zu dem Schluß, daß Deutschland mit 40 Proz. landwirtschaftlicher Bevölkerung zwar hungere, in Rußland aber, mit 85 Proz. landwirtschaftlicher Bevölkerung, Tausende verhungern. Nun noch einige der übrigen Länder. In Amerika eine rein bürgerliche Gewerkschaftsbewegung. In England zwar eine starke Gewerkschaftsbewegung vorhanden, aber keine sozialistische. In Frankreich eine zerschlagene, ebenso in Italien. Alle diese Erwägungen in Betracht gezogen, kann es nie und nimmer einen Frieden oder gar ein Bündnis zwischen dem ADGB und dem Bolschewismus geben. Getragen von dem Verantwortungsgefühl ihren Mitglieðern gegenüber, werden die deutschen Gewerkschaften den Kampf gegen das Unternehmertum zu führen wissen, und der Bolschewismus wird sich an der deutschen Arbeiterschaft den Schädel einrenken. (Brausender Beifall.)

Können wir wieder zu Friedenszuständen gelangen?

In den Wochen der verfruchteten Marktstabilisierung, mit der es nach dem Diktum von Großkapitalgnaden nun so grünlich wieder Espig geworden ist, haben Optimisten von neuem die Frage aufgeworfen: Werden wir wieder zu Friedenszuständen gelangen?

Daß solche Schicksalsfragen mit dem Rezept des Kollegen — e (Stuttgarter): „Man gebe uns drei Viertel unfres Friedenslohnes“ („Der Dollerfoller“, Nr. 30 des „Korr.“) nicht beantwortet werden können, dürfte außer allem Zweifel liegen. So einfach geht die Sache denn doch nicht. Der Vorschlag, unfre Entlohnung beständige Werte zugrunde zu legen, hat gewiß viel für sich. Ich habe ihn ja selbst in einem Artikel in Nr. 25 des „Korr.“ bereits vertreten, jedoch auch nicht unterlassen, am Schlusse kurz auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die einer Zurückführung unfres Wirtschaftslebens auf den Friedensstand auch unter Zuhilfenahme eines beständigen Wertmessers im Wege stehen; Schwierigkeiten, deren Beseitigung auch die Arbeiterschaft, vor allem aber die Beamtenschaft, um manche Illusion berauben dürfte.

Ein Haupthindernis, zum Friedenszustande zurückzugelangen, bildet wohl die wenig ökonomische Verteilung der Arbeitskräfte im Staatshaushalt: Die Verwaltung des Staatswesens beansprucht — richtiger wohl gesagt: beschäftigt — zu v i e l B e a m t e. Gewiß hat die Kriegs- und auch die Nachkriegszeit die Einrichtung neuer Verwaltungsstellen und damit auch eine Vermehrung der Beamten notwendig gemacht. Stäher ist ebenso aber auch, daß besonders im Anschluß an die Revolution so mancher gute Freund irgendeiner damals mehr oder weniger einflußreichen Persönlichkeit in eine Stellung hineingeschoben wurde, die nicht selten erst zu diesem Zweck geschaffen wurde. Sicher ist weiter, daß sich heute fast ausnahmslos überall ein Überfluß von Beamten ergibt, für die Beschäftigung nicht vorhanden ist. Und wenn wirklich Beschäftigung für sie vorhanden ist, so ist ihre Arbeit nicht selten Sippohusarbeit. Um ein Beispiel herauszugreifen: Wieviel Beamte mögen notwendig gewesen sein, um in der Wohnungsbauabgabe ein so negatives Resultatutage zu fördern? Wäre man dem Ziel nicht vielleicht näher gekommen, wenn man für das diesen Beamten gezahlte Gehalt eine entsprechende Anzahl Bauarbeiter unmittelbar im Baugewerbe wirklich produktiv beschäftigt hätte? Es würde zu weit führen, hier die Tätigkeit der unzähligen Ämter zu erörtern, deren Beamte aus den Steuergroschen der Arbeiter bezahlt werden und deren Wert für die Allgemeinheit gleich Null ist. Das Verschwinden einer großen Anzahl dieser Ämter würde für den Staatshaushalt nur von Vorteil sein.

Auf zwei äußerst lebenswichtige Einrichtungen des Staatshaushalts lenkt der Kollege — e die Aufmerksamkeit, indem er klagt, daß die Postgebühren, die Fahrpreise und Gültertarife ins Unermeßliche steigen. Hier wird von den interessierten Kreisen an Hand jeweils geeignet erscheinender anderer Preissteigerungen stets nachzuweisen versucht, daß all diese Gebühren verhältnismäßig noch niedrig seien, wobei sehr selten erwähnt wird, was Post und Eisenbahn im Frieden dem Publikum allgemein boten und welche Überschüsse sie erzielten. Heute haben beide stets Defizite aufzuweisen, die ihre Ursache nur teilweise in den Entschädigungen haben, die für entworfene Sendungen usw. geleistet werden müssen; die Hauptursache liegt zweifellos in dem Mangel an Ökonomie in der Verwendung der Arbeitskräfte. Nicht selten erfahren wir, daß irgendeine Stelle, der früher ein mittlerer Beamter vorstand, nun von fünf bis sechs Überbeamteten verwaltet wird. Wenn man auch die inzwischen eingetretene Verreichlichung der Post (Einschließung Bayerns) berücksichtigt, so wird man doch zugeben müssen, daß für eine solche Vermehrung keine Ursache vorliegt; im Gegenteil, der Postbetrieb ist, gerade infolge der fortgesetzten Erhöhung der Gebühren, ständig zurückgegangen, so daß eher eine Verminderung unter das Maß von 1914 begründet wäre. Ganz ebenso liegen die Verhältnisse bei der Eisenbahn.

Diesen unhaltbaren Zustand hat man nun wohl eingesehen, und so hören wir seit geraumer Zeit schon von dem notwendigen Abbau der Beamten reden, ohne daß jedoch irgendein nennenswertes Ergebnis bisher zu verzeichnen wäre. Von keiner der politischen Parteien wird hier die nötige Energie aufgewendet; allem Anschein wohl deswegen nicht, weil man sich die Gunst der Beamten, deren Stimmen man schließlich bei den Wahlen braucht, nicht gern verfahren möchte. Und

doch wäre es so bitter notwendig, daß man den Beamten klar und unzweideutig sagte, wie die Dinge liegen — um alsdann demgemäß im Interesse der Volksgemeinschaft danach zu handeln. Auch bezüglich der sogenannten wohlerworbenen Rechte einer Bevorzugung der Beamten als Staatsbürger, die von den breiten Schichten der Arbeiterschaft nicht anerkannt wird, müßte sich eine befriedigende Realung finden lassen. (Zu dem Vorstehenden wie zu dem Nachstehenden wäre manches zu sagen; der Verfasser wird ja auch an den vorgenommenen Streichungen merken, daß man ihm des öfteren nicht folgen kann. Da unsere Leser sich wohl ein eignes Urteil bilden werden, unterlassen wir weitere Ausführungen. Red.)

Weiter wird dann die Frage gestellt, wo man all diese Beamten unterbringen, wie man ihnen eine Existenz schaffen solle. Auch hier ließe sich wohl Rat schaffen. Augenblicklich herrscht ein erklärlicher Zug zur Landwirtschaft. Diese selbst erklärt, daß ohne genügende Arbeitskräfte an eine rationelle Ausnutzung des Grund und Bodens nicht zu denken sei, daß solche aber fehlen. Man könnte vielleicht die bereits begonnene Siedlungspolitik unter Zuhilfenahme einer entsprechenden Geseßgebung fruchtbringender gestalten, wobei sich unter der unteren Beamtenschaft zweifellos ausreichendes Material mit geeigneter Vorbildung finden dürfte.

Auch das Bauhandwerk, das neben dem Kohlenbergbau als Schlüssel zur Industrie anzuspitzen ist und gegenwärtig trotz des großen Wohnungsmangels arg darniederliegt, wäre aufnahmefähig für Arbeitskräfte, sofern durch entsprechende Maßnahmen der Regierung eine Verbilligung der Baumaterialien herbeigeführt werden würde, zumal auch hierin unter der Beamtenschaft beruht vorgebildete Kräfte vorhanden sind und ein Umlernen immerhin, wie die Kriegszeit bewies, bei der jetzt üblichen Arbeitsleistung in den meisten Gewerben leicht durchführbar ist. Die Belegung des Baumarktes würde zur Belegung der andern Industrien zweifellos beitragen, der Schlosser, der Tischler, der Maler wie der Zimmermann würde wieder Beschäftigung finden und damit naturgemäß auch die abhängigen Industrien, die ihrerseits für ihren Geschäftsbetrieb Druckmaschinen benötigen, wie die erwähnten Arbeitnehmergruppen, wenn sie Geld verdienen, neben andern Bedürfnissen auch ihren Bedarf an Büchern und Zeitungen befriedigen könnten, womit uns Buchdruckern wieder Verdienstmöglichkeit gegeben wird, wie ja überhaupt in dem Mechanismus des Wirtschaftsgebietes ein Rädchen das andre treibt.

Daß die hier erörterte Schwierigkeit nicht die einzige ist, um zu dem Friedenszustande zurückzukommen, ist bereits gesagt worden, aber auch ihre Beseitigung wird unumgänglich notwendig sein, um den so schnell erwünschten Zustand wieder herbeizuführen. Es erübrigt sich wohl, darauf hinzuweisen, daß die hier angedachte Remedur sich bis in die höchsten Stellen des Beamtenapparats erstrecken muß und daß der allerdings selbst sehr blütenhungrige Reichstag in den Pensionsverhältnissen der höheren Staatsbeamten einen Zustand herbeizuführen muß, der mit der Not des Volkes in Einklang zu bringen ist.

Berlin.

Ditto M a h l o.

Korrespondenzen

Mugsburg. Die gutbesuchte Ortsvereinsversammlung am 24. April ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung zunächst das Neben des um die Mitgliedschaft Mugsburg sehr verdienten alten invaliden Kollegen Gahner. Alsdann hielt Kollege Arbeitersekretär E d e l m a n n einen interessanten und mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Das neue Gesetz zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen und die ärztliche Versorgung in der Krankenversicherung“. Die Stellungnahme zur Arbeitsruhe am 1. Mai fand dadurch ihre Erledigung, daß in Anbetracht der wirtschaftlichen Not, in die unsere Kollegen durch die schon seit vorigem Herbst eingetretene beträchtliche Kurzarbeit geraten sind, von einer allgemeinen Arbeitsruhe in der Buchdruckgewerbe Abstand genommen wurde. Unter „Verschiedenem“ berichtete Vorsitzender S t i e r über den § 10 Absatz 11 des Tarifs und erblickte in der Auslegung desselben unter den gegenwärtigen Verhältnissen innerhalb unseres Gewerbes eine Härte für alle die Kollegen, die eventuell im Laufe der nächsten Wochen entlassen werden sollten. Es soll dies an nachfolgendem Beispiel gezeigt werden: Ein Kollege vereinbart mit seiner Firma seinen Urlaub auf Ende September, im Juli erfolgt nun seine Entlassung. Dieser Kollege erhält nun nach dem § 10 Absatz 11 keinen Urlaub, weil die Entlassung nicht drei Wochen, sondern sechs Wochen früher erfolgte, trotzdem dieser Kollege vielleicht mehr als ein Jahr im Geschäft tätig war. Ein derartiger Fall habe sich bereits in einer hiesigen Druckerei zugetragen. Dortselbst sei einem Kollegen zum 31. März gekündigt gewesen. Zunächst habe ihm die Firma den Urlaub zugestanden, denselben aber auf einen Artikel in der „Zeitschrift“ hin wieder verweigert, so daß der Kollege Klage beim Gewerbegericht einreichte und von diesem dann auch ohne weiteres den ihm tariflich zustehenden Urlaub bzw. die Bezahlung desselben zugesprochen erhielt. Die Versammlung vertrat daraufhin einmütig die Meinung, daß dies auch eine Verschlechterung für die in Frage kommenden Kollegen darstelle und beauftragte den Ausschub, bei den maßgebenden Instanzen gegen diese Auslegung Protest zu erheben und zu erforschen, daß sie dahin wirken sollen, daß dieser Absatz baldmöglichst geändert wird. Beschlissen wurde ferner noch die Schaffung eines freiwilligen Hilfsfonds für unsere am Ort befindlichen arbeitslosen, kranken und invaliden Kollegen. Die seit 50 Jahren bestehende Ortsvereins-

bibliothek wird durch Versammlungsbeschluss als Schenkung dem Gewerkschaftsverein überwiesen.

Berlin. (Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer am 23. April.) Nach dem Spießischen Vortrage (siehe darüber den besonderen Artikel in dieser Nummer) berichtigte zum zweiten Punkt der Tagesordnung Kollege Braun über die Verhandlungen mit der Berliner Prinzipalität über den Austausch des 1. Mai an Stelle des Ruhetages als tariflich zu bezahlender Feiertag. Der Antrag der Berliner Kollegen wurde abgelehnt, und es bleibt bei dem alten Zustande. Bezüglich der Maifeier hatte die Betriebsräteversammlung entsprechend dem Beschluss der Berliner Gewerkschaftskommission völlige Arbeitsruhe vom 1. Mai früh 6 Uhr bis 2. Mai früh 6 Uhr beschlossen. Diesem Beschluss trat die Generalversammlung ebenfalls bei. Folgender Antrag wurde bei geringer Beteiligung an der Abstimmung angenommen: „Der Verdienst des 1. Mai ist von allen Lohn- und Gehaltsempfängern der Gewerkschaften röstlos abzuliefern, die Gesamtsumme ist in den „Mitteilungen“ bekanntzugeben. Ebenfalls empfiehlt die Generalversammlung allen Kollegen, die den 1. Mai bezahlt erhalten, die Ablieferung der betreffenden Summe als Ausdruck ihrer Solidarität. Die insgesamt eingehenden Gelder sind als einmalige Beihilfe unter unsere arbeitslosen Kollegen zu verteilen.“ Als Anträge der Arbeitslosen lagen vor: 1. Den Ausgesteuerten ist aus Gaumitteln eine laufende Unterstützung von täglich 200 M. zu bewilligen. 2. Für diejenigen Arbeitslosen, welche von der Erwerbslosenfürsorge ausgegliedert sind, ist vom Gau die weitere Versicherung gegen Krankheit bei der Ortskrankenkasse zu bewirken und die Beiträge hierfür zu übernehmen.“ Absatz 1 wurde angenommen, Absatz 2 abgelehnt, da durch die Verlängerung der Erwerbslosenfürsorge überholt. Mehrere Anträge, die Fastenentzehr und die Lohnbewegung betreffend, wurden dem Verhandlungsstand als Material überwiesen.

Bielefeld. (Maschinenfabrik.) In der gutbesuchten Bezirksversammlung am 29. April wurde u. a. vom Orts- und Bezirksvorsitzenden Leysler Bericht gegeben von unserer letzten Aussperrung. Rechner verstand es, speziell den auswärtigen Kollegen das Drum und Dran der Bewegung vor Augen zu führen. Nur eins sei erwähnt: Vor der Aussperrung wurde in der „Westfälischen Zeitung“ (Bielefeld) die „Ruhzeitung“ hergestellt; die „Volkswacht“ (Bielefeld) und „Weserwacht“ (Minden) lehnten die Herstellung dieser Zeitung während der Differenzen ab. Die Haller Kollegen fanden sich jedoch bereit, diese Arbeit zu verrichten, worauf die Versammlung den beizugehenden Kollegen ihre Mißbilligung aussprach. Kollege M a h m a n n als Gewerbegerichtsbeisitzer brachte einen Fall vom Gewerbegericht Bielefeld zur Sprache, wonach ein Typographenmaschinenfabrik (Nichtverbandsmitglied) zwei Schichten (16 Stunden) eine Zeitlang hintereinander gearbeitet hat. Als Berechner hat er letzten Endes in Ermangelung von Blei sich nicht anders zu helfen gemußt, als Schriften, Stege, Regletten usw. einzuschmelzen, wodurch dem Unternehmer ein Schaden von 1½ Millionen Mark entstanden ist, was allgemeine Beiterkeit hervorrief. (Ja, ja, wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen!) Dann machte der Vorsitzende B ö l e n t a m p auf einen „Kontrollzettel“ für Sechsmaschinen aufmerksam, der in Lemgo das Licht der Welt erblickt hat. Dem Vater dieser „Kontrolle“, Faktor Prißner bei der Firma Wagner in Lemgo, wurde ebenfalls die schärfste Mißbilligung ausgesprochen. Am Schluß der Versammlung widmete der Vorsitzende dem scheidenden Kollegen Leysler, der nach Bukarest in Kondition geht, warme Worte des Dankes für seine bisherige aufopfernde Tätigkeit innerhalb des Verbandes, und die Versammlung wünschte ihm in seinem neuen Wirkungskreis den besten Erfolg.

Chemnitz. In der außerordentlichen Generalversammlung am 30. April, die besser hätte besucht sein können, erstattete Kollege D ä h n e l, der nach längerer, schwerer Krankheit zum ersten Male wieder in unserer Mitte weilte, die Abrechnung der Gaukasse und Kollege B e v e r diejenige der Mitgliedschaftskasse auf das erste Vierteljahr 1923. Als Stellvertreter des Gauvorsitzers wurde Kollege M a t t h e s gewählt; der bisherige, der Opposition angehörende Stellvertreter, Kollege Lorenz, erhielt nur eine Stimme. Eine lebhaft debattierte die Frage der Abhaltung des Johannistreffens. Ein Teil der Kollegen war der Meinung, infolge der wirtschaftlichen Nöte das Johannistfest in diesem Jahre ausfallen zu lassen. Die Mehrheit der Versammlung war anderer Meinung und beschloß, schon mit Rücksicht darauf, daß nicht auch diese Gelegenheit der Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls und der Kollegialität ausgeschaltet werden soll, die Abhaltung des Johannistfestes. Selbiges findet am 30. Juni im „Volkshaus“ statt. Ebenso wurde der Himmelfahrtspartie zugestimmt. Des weiteren stimmte die Versammlung einem Antrag zu, der eine Verdoppelung des Biatikums für Durchreisende vorsieht, dafür aber das Anschauen in den Druckereien untersagt. Um für die durchreisenden Kollegen bessere Übernachtungsmöglichkeiten zu schaffen, sollen noch verschiedene Wege beschritten werden.

Allgemeine Rundschau

Nachdemwertes Beispiel. Die Halle'sche Genossenschaftsbuchdruckerei in Halle a. d. S., in welcher die Berliner Spitzenlöhne gezahlt werden, gewährt auch in diesem Jahre ihren

gesamten Personal drei Wochen Ferienurlaub. Außerdem erhält jeder dort Beschäftigte als Ferienzuschuß die Hälfte des jeweiligen Wochenverdienstes. Die sozialen Beiträge werden ebenfalls vom Geschäft getragen.

Entschädigung für Kraken Steuerfrei. Die nach § 20 Absatz 4 des Tarifs zu zahlende Entschädigung für Meiereien und Ausschmelzen der Krake gilt als Dienstaufwandsentschädigung und ist deshalb vom Steuerabzug befreit. Auf eine diesbezügliche Eingabe des Leipziger Stereotypvereins entschied das Finanzamt Leipzig III unter dem 20. April, daß die fragliche Entschädigung ihrer Art und ihrem Zweck nach als Dienstaufwandsentschädigung gemäß § 34 Absatz 3 und § 46 Absatz 5 des Einkommensteuergesetzes vom Steuerabzug freizulassen ist. Vielleicht versucht man an Hand dieser Entscheidung auch andernorts die Steuerbehörden zu gleicher Stellungnahme zu bewegen.

Zur Bekämpfung des Steuerstandals. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde dem Reichstag ein Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vorgelegt, der eine wesentliche Erhöhung der Ermäßigungsätze vorsieht. Die Abzüge von der Steuer für den Mann, die Frau und jedes Kind sollen verdoppelt werden, während eine Erhöhung der Werbungskosten um 150 Proz. vorgesehen ist. In der Begründung wird gesagt, daß eine Anspannung der Ermäßigungen beim Lohnabzug um so notwendiger erscheint, weil die Geldentwertung ohnedies zu einer steigenden Belastung des Einkommens geführt hat. Im Januar betrug der Anteil des Lohnabzugs am Gesamteinkommen in der Einkommensteuer 90 Proz., im Februar 94 und im März sogar 98 Proz. Von den 533 Milliarden Mark, die die Einkommensteuer vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 erbrachte, stammten rund 464 Milliarden Mark, das sind fast 90 Proz., aus den Lohnabzügen. Dieser unerhörte Zustand soll durch den von den Vertretern der Arbeiterkassen eingebrachten Gesetzentwurf wenigstens einigermaßen gemildert werden.

Der Bergarbeiterverband gegen die französischen Pläne. Der Gesamtvorstand und Kontrollauschuß des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands nahmen in einer am 29. April in Bochum abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung zu der Forderung Frankreichs, zuerst den passiven Widerstand im Ruhrgebiet aufzugeben und dann in Verhandlungen einzutreten, Stellung und stimmten sodann einer Entschließung einstimmig zu, in der erneut die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht wird, den passiven Widerstand gegen den französisch-belgischen Einbruch in das Ruhrgebiet so lange fortzusetzen, bis eine Verständigung zwischen Deutschland und den Okkupationsmächten erzielt ist. Von der deutschen Regierung wird verlangt, daß sie alles tut, um die Verständigung zu ermöglichen und zu erleichtern. Mit derselben Entschiedenheit aber, mit der der Verband der Bergarbeiter Deutschlands für Verhandlungen und Verständigungen eintritt, müsse er die in einem Teile der französischen Presse erhobene Forderung zurückweisen, nach der an Verhandlungen nicht gedacht werden kann, solange der passive Widerstand nicht eingestellt sei. Es sei ausgeschlossen, daß der passive Widerstand eingestellt wird, bevor nicht eine Verständigung erzielt ist; desgleichen müßte die volle Freiheit der von den Okkupationsmächten Verhafteten, Verurteilten und Ausgewiesenen gewährleistet sein.

28 000 Ausgewiesene. Nach den in Berlin eingelaufenen Mitteilungen sind bis zum 30. April aus dem altbesetzten Gebiet ausgewiesen: 5271 Beamte und 406 Privatpersonen, aus dem Einbruchgebiet 1010 Beamte, 243 Privatpersonen und 5091 Schutzpolizeibeamte. Unter Hinzurechnung der Familienangehörigen sind zusammen 28 000 Menschen ausgewiesen worden. Außerdem wurden etwa 1000 deutsche Staatsbürger von den Besatzungsbehörden inhaftiert.

Haltet den Zug ins Rhein- und Ruhrgebiet fern! Unter dieser Schlagmarke wird im „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ u. a. folgendes geschrieben: Man sollte es nicht für möglich halten, daß es deutsche Arbeiter gibt, die ihren kämpfenden Klassenangehörigen im Ruhrgebiet dadurch in den Rücken fallen, daß sie in dieser Zeit dahinreisen, um dort Arbeit zu suchen. Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge ist der dortige Arbeitsmarkt gar nicht in der Lage, diese Arbeiter aufzunehmen. Auch haben sie wegen ihrer erst jetzt erfolgten Einreise kein Recht, dort Unterstützungen zu erhalten und stehen dann mittellos da, wodurch natürlich die Gefahr entsteht, daß sie sich den Franzosen zur Arbeit anbieten. Aus diesen Gründen ist jeglicher Zug von Arbeitern in das Rhein- und Ruhrgebiet streng fernzuhalten.

Literarisches

„**Altmus's Jahrbuch.**“ Band XVI. 1921/1922. Verlag: Altmus & Co. (Frankfurt a. M.). In einem stattlichen Bande vereinigt das vorzüglich ausgestattete Jahrbuch das Wissenswerte und Wichtigste der graphischen Künste. Der Menschengestalt railet nicht, Neuheiten, Verbesserungen und Vervollkommnungen an Hilfsapparaten und Maschinen, in allen graphischen Verfahren des Hoch-, Flach- und Tiefdrucks, durchzuführen. Hand in Hand gehen damit die kunsthandwerklichen und künstlerischen Ausdrucksformen, die von vorwärtsstrebenden und tüchtigen Fachgenossen geschaffen, sich in farbenreichen prächtigen Erzeugnissen und Beilagen widerspiegeln. Begünstigt wird dieses technisch-künstlerische Schaffen durch die Leistungsfähigkeit der Papierfabrikation, die wechselläufige Sorten und Qualitäten auf den Markt bringt, allerdings zu sehr hohen Preisen. Aus dem reichhaltigen Inhalt des Jahrbuches, der sich in die zwei Hauptabschnitte Technische Abhandlungen und Neuheiten gliedert, dem ein gutgeleiteter Inferatenaufhang beigelegt wurde, heben wir hervor: „Die Einführung der Schwalbischen Farbenlehre in das graphische Gewerbe“ von Otto Würzberger. Ein sorgfältig in Kupferdruck hergestellter zweiseitiger Farbentreis pa XIV, gedruckt mit Normalfarben der Firma Kerger & Wirth (Leipzig) ergänzt die Abhandlung. Für den Fachmann ist der Farbentreis die wertvollste Beilage. Beachtenswerte Hinweise bietet der Artikel über „Das Feinpapier im Druckgewerbe“, den jeder Lesen sollte, der mit Papier zu tun hat. Für den Schriftsetzer sind die Beispiele „Neuheiten der Schriftgießerei“ und die „Schriftengrößen“ von 1912 bis 1920 wegweisend. Der umfangreiche Abschnitt „Graphische Bibliographie“ gibt einen Überblick über das literarische Schaffen von Fachleuten, Gelehrten und Juristen, die mit der graphischen Industrie in Beziehung stehen. Erwähnt sei, daß die sorgfältig ausgestatteten Beilagen mit großem Raffinement hergestellert sind und von den betanteilten Firmen beigeleitet wurden, um so gleichzeitig der eigenen Werbung zu dienen. — Der XVII. Band berichtet über das Jahr 1922; er reiht sich seinem Vorgänger trefflich an, inhaltlich sowohl als auch in der Ausstattung und im Umfang. Das vielumstrittene Thema „Offsetdruck“ erzählt durch Richard Witte (Zürich) eine neue Klärung. Sehr viel Tinte und Druckerwärme wurde in den vergangenen Jahren verbraucht, um die angeblichen Vorzüge, Billigkeit, Schnelligkeit und hohe Druckgeschwindigkeit ohne wesentliche Zurechtung, also deren Ausschaltung, zu beweisen. Durch eine eingehende Beobachtung, Erläuterung der Arbeitsweise und Gegenüberstellung der Befragungen führen die Offsetdruckermeister kommt der Verfasser zu folgenden bemerkenswerten Schlußsätzen: „Nach einer Jahreslohnberechnung liefert die Maschine etwa 900 Druck-Rundbögen, d. h., daß die Maschine effektiv nur die Hälfte der Arbeitszeit druckt. Die Instandhaltung und Pflege der rauen Walzen und ihre Reinigung, besonders beim Übergang zu empfindlichen Farben, absorbieren ein gut Teil Zeit, wozu noch die Verformung kommt, die durch Neuerstellung eines nicht passenden oder mangelhaften oder auch beim Wiedereinstellen der Maschine der Form gegenüber der des Buchdrucks gegen mechanische und chemische Einwirkungen beim Druck verursacht unter Umständen gleichfalls Zeitverlust. Bei laufenden Arbeiten, die fast keinen oder wenig Farbenwechsel bedingen, wurden 1100 bis 1200 Druck-Rundbögen mehr geschätzt als erzielt.“ Damit unterliegt ein unparteiischer Sachmann die Öffentlichkeit von dem wirklichen Stand der Sache. Es ist zu bedauern, daß die Maschine, die als Offsetdrucker aus wiederholte mitteilen. Altmus's Jahrbuch ist also der Altmus, der seit Jahren um den Offsetdruck gewoben wurde. Das ist zu begrüßen im Interesse der Buchdrucker sowie unserer Schmäger vom Stein. Beide Hände sind unentbehrlich für die Bibliotheken der Orts- oder der Spartenvereine. Die Anschaffung können wir wirklich empfehlen. X

Sterbetafel

In **Kassel** der Buchdruckerinvalide Arnold Schaeffer, 58 Jahre alt — Herzschlag.
In **Bochum** am 19. April der Drucker Joseph Reuter von dort, 78 Jahre alt.
In **Breslau** am 27. April der Gezeirvalide Hermann Kötter, 66 Jahre alt — Herzschlag.
In **Dortmund** am 24. März der Drucker Gustav Vogt von dort, 57 Jahre alt.

Briefkasten

H. A. in B.: Auch Sie müssen berücksichtigen, daß größere Resolutionen nur noch fingenähige Liebergabe im „Korr.“ finden können. — **H. in M.:** Die betreffenden Adressen sind uns unbekannt. In den beiden ergebnen Ländern erzielten betarigke Wäiter überhaupt nicht. — **H. G. in B., G. D. in B. und G. B. in G.:** Artikel werden aufgenommen, aus tatsächlichen Gründen und wegen irriger Auffassung unterbleiben aber besser einige Stellen. — **L. D. in G.:** 1300 R.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191
Postfachkonto: Berlin Nr. 102387 (H. Schweinik)
Bliesfeld. Der Drucker Richard Kersch aus Großwelta (Hauptbuchnummer 116046) hat seine Legitimation verloren. Derselbe erhielt hier ein Duplikat; die verloren gegangene Legitimation wird für ungültig erklärt.

Adressenveränderung

Hannover. (Drucker Kreis und Ort.) Vorsitzender: Aug. Roth, Markischerstraße 17; Kassierer: Gustav Schreiner, Am Schneiderberg 5.
Bentheim. Vorsitzender: Oskar Scheele, Nordhorn, Kasernenstraße 1; Kassierer: Karl Billig, Bentheim, Wilhelmstraße 14; Gerhard Haber, Vertrauensmann für Druckerei Bentheim, Bentheim, Gildehauser Straße 11.

Versammlungskalender

Hilfersleben. Beisammung Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 Uhr, im „Westhorn-Haus“ (Zimmer 4).
Dresden. Beisammung der Freien Faktoren Sonnabend, den 12. Mai, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im „Raulschhof“.

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Zeile 50 Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 250 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmefrist: Montag und Donnerstag mit erster Postbestellung für die jeweilig nächstfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postfachübergabe.

Rotations-Maschinenmeister
f. Vollständige Spezial-Instalations-Rotationsmaschinen und bitten Respektanten und Einreichung von Zeichnungen, bzw. um Aufgabe v. Referenzen.
E. G. Vogel, Großbuchdruckerei, Pfaffenhofen i. T. u.

Junger Schriftsetzer
23 Jahre alt, in allen Satzarten bewandert, Lokalberichter, erkrankter, infolge der Ruhrerkrankung außer Arbeit, sucht baldmöglichst Stellung, ganz gleich wo.
Offerten unter Nr. 225 an die Geschäftsst. d. Bl., Leipzig, Königsstraße 7, erbeten.

Egal wohin! Egal wohin! Junger, strebsamer Maschinenmeister
stark in Illustrations-, Farb- und Plattendruck, erfahren mit Universalapparat, Schnell- und Kleingedr., Kenntnisse der amerikanischen Druckführung, sucht baldigst Stellung, eventuell da, wo er sich im Sommer ausbilden kann. 2000
Off. Offerten erbeten an Max Heyder, Schrenk i. T., Schulstraße 9.

Württemberg! Alterer, erfahrener Maschinenmeister
selbst, firm in allen vorkommenden Arbeiten an Schnell- u. Kleingedruckpresse, wünscht Dauerstellung.
Off. Offerten erbeten unter Nr. 102 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstraße 7, Baden! Schwarzwald!

Tüchtiger Monotypsetzer
gelehrter Schriftsetzer, mehrjähriger Praxis, sucht Stelle. Off. Offerten unter R. 216 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Linotypsetzer
mit 13jähriger Praxis, guter Maschinenkennner, sucht Stellung in Zeitungsbetrieb, event. auch Halbtags.
Off. Offerten erbeten an Robert Thomas, Seapfurt a. M., Burgstr. 134.
Werkzeuge für Säger Verlag des Bildungsverb. der Deutsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Druck: Buchdruckerei „Korrespondent“, Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Maschinensekervereinigung Bau An der Saale

(Eh Magdeburg)

Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr,
im „Edoif“ zu Dessau:
Generalversammlung

Anträge sind bis zum 31. Mai bei dem Unterzeichneten
einzureichen.
Wilhelm Winter, Magdeburg-N., Knetenstraße 21.

Bücher, die jeder Buchdrucker besitzen sollte

Nachstehende ganz vorzüglichen Bücher liefere ich z. T. antiquarisch, aber gut erhalten, soweit der Vorrat reicht, einschl. Porto, freibleibend zu den besagten außerordentlich billigen Preisen, vorausgesetzt, daß gleichzeitig die in Nr. 43 des „Korr.“ angekündigten 5 Nummern von „Was man wissen muß“ für 1000 M. mitbezogen werden, geg. Voreinsendung d. Betrags m. Zahlarbeit oder Nachnahme zugl. der Spesen. Die den Titeln in Klammern beigefügten Zahlen sind mit 1000 zu multiplizieren und geben dann, einschl. Porto, den augenblicklichen Preis in Mark an. Anfragen werden nur, wenn m. Rückporto (Karte m. Rückant.) versehen, beantwortet. Soweit die Bücher antiquar. nicht lieferbar sind, können sie in neuen Exemplaren zum Tagespreis bezogen werden. Die Preise der von mir in Nr. 43 des „Korr.“ angezeigten Selbstbinderwerke werden hiermit, soweit die Bücher inzwischen nicht verkauft sind, um 20 Proz. erhöht.

- Leipzig-Neuditz, Johann Schorpp,**
Obstenerstraße 20, Postcheckk. Leipzig 61047.
- Schumann, Beschäftigte Worte (10, statt neu 12).
 - Duden, Rechtschreibung (10, statt neu 12).
 - Engel, Deutsche Bildkunst (30, statt neu 36).
 - Ladenberg, Sillor-Schlagwörterbuch (18), ganz ausgezeichnetes, beachtenswertes Werk!
 - Lammers, Ausführliche Rechtschreiblehre (6).
 - Kammers, Universal-Rechtschreiber (6, statt neu 7,5).
 - Ganders, Hauptfächerlexikon der deutschen Sprache (12, statt neu 15).
 - Vogel, Grammat.-orthogr. Nachschlagebuch (14, statt neu 16,2).
 - Körner, Universal-Lexikon (30, statt neu 36).
 - Körner, Sach-Sprachen-Lexikon (30, statt neu 36).
 - Meyers Handlexikon (60, statt neu 60).
 - Richter, Erklärung deutscher Redensarten (10).
 - Schlesing, Deutscher Wortschatz (15, statt neu 18).
 - Weise, Wie lernt man einen guten deutsch. Stil schreiben? (6).
 - Wunderlich, Deutsche Sprachlehre, volksl. (erklärt) (9).
 - Wustmann, Wörterbuch Sprachumwandelungen (11).
 - Joachim, Bilingualschah (18, statt neu 20).
 - Boye, Großes Fremdwörterbuch (20, statt neu 30).
 - Hoffmann, Kleines Fremdwörterbuch (3,5, statt neu 5).
 - Müller, Kleines Fremdwörterbuch (4, statt neu 5,4).
 - Deitl, Fremdwörterbuch (25, statt neu 30).
 - Köhler, Englisch-Taschenwörterbuch (8, statt neu 12).
 - Köhler, Französisches Taschenwörterbuch (8, statt neu 11).
 - Koch, Sprachführer: Englisch (3, statt neu 3,6).
 - Koch, Sprachführer: Französisch (3, statt neu 3,6).
 - Selbstbinderwerke: Caspary, Sägel, Hauerer, Langenscheidt, Böwe, Mertner, Neufeld, Schlimmann usw. (sehr gut und sehr billig!).
 - Wobers Jll. Handb.: Buchdruckerkunst (18, neu vergriffen!).
 - Häuberlich, Buchgewerbliches Hilfsbuch (9, neu!).
 - Bürgerliches Gesetzbuch - Strafgesetzbuch - Betriebsrechtsgesetz usw. (mit und ohne Kommentar, alles sehr billig!).
 - Mertins, Wie lege ich mein Kapital an? (9, statt neu 1).
 - Sehr instruktiv und empfehlenswert für jedermann!
 - Das Buch vom gesund. u. krank. Menschen (30, statt neu 30).
 - Shime, Lehrbuch der Naturgeschichte (30, statt neu 30).
 - Ruff, Illustriertes Gesundheitslexikon (30, statt neu 36).
 - Klascher (Muspohl): Goethe 4 Bde. (60), Schiller 4 Bde. (50).

„Was man wissen muß“

Man darf sagen: Hier ist eine Lösung des schwierigen Problems, Bildungsstoff in zugänglichster Form und zu erstaunlich billigen Preisen wirklich einmal in weiteste Kreise zu tragen, gefunden.“ („Frankfurter Zeitung“.)
Nr. 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Maschinenseker

(Typo und Typograph), 35 Jahre, verb., Klausur in Wort und Schrift perfekt (geb. M.), guter Rechner, in ungek. Letzen, Stellung, wünscht sich in angen. dauernde Stellung als Betriebsleiter, Klausur-Korrektor oder dergl. zu veränd. D. Sprechern bevorzugt, aber nicht Bedingung.
Angebote unter Nr. 229 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Inland! Egal wohin! Ausland!
Junger, strebsamer Maschinenmeister
20 Jahre, ledig, erfahren im Werks, Platten-, Abzügen- und Illustrationsdruck, sucht Stellung.
Off. Angebote erbeten unter K. T. 212 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

Wissachen Wünschen gemäß werden von uns
Esperanto-Sernturse
für Anfänger und Fortgeschrittene errichtet. Die Kurse sind **kostenlos** und ist nur jeweils das Rückporto beizufügen.
Jedes Lehrbuch kann verwendet werden, nur ist der jeweilige zu übersehende mit dem übersehenen Text einzusetzen. Kollegen, welche das vom Deutschen Arb.-Esp.-Bund herausgegebene Buch benutzen, brauchen nur die zu korrigierende Ausgabe einzusetzen.
Kollegen! Werft nicht Zeit und Geld zum Fenster hinaus für ein sogenanntes besseres System. Es kann nur eine Weltsprache geben.
Typographia Esperanta Grupo Leipzig, „Volkshaus“, Teicher Straße 32.
NB. Obengenanntes Lehrbuch kann zum Grundpreise von 50 Pf. gegen Nachnahme bezogen werden vom: Deutschen Arbeiter-Esperanto-Bund, Leipzig-Neustadt, Markt 6.

„Typographische Amicitia“
Frankfurt a. M.
Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums unseres Klubs finden sich am ersten Pfingstfesttag um 10 Uhr morgens die Mitglieder im „Stadigarten“ am Eschenheimer Tor zum Frühstück zusammen.
Nachmittags um 6 Uhr im selben Lokal Familienzusammenkunft. Ehemalige Mitglieder und Freunde sind zur Teilnahme freundlich eingeladen.
Der Vorstand: J. K. E. Dorst, Schleidenstraße 18.

Älterer Meister einer bedeutenden
Hauschriftgießerei und Galvanoplastik
gelernter Schriftsetzer, guter Kompletzmaschinenzieher (System Fouquier), erzeugt galvanische Nickels und Kupfermatrizen von A bis Z, hat selbständige Erfahrungen in rationeller Galvanoherzeugung, auch mit direktem Niederdruckverfahren und Eisenbädern vertraut, wünscht in Schriftgießerei oder Galvanoplastik gleichartige Stellung im Ausland.
Geällige Zuschriften unter „Österreich“ sind zu richten an Jos. Teinle, Wien III, Baumgasse 71.

Medienburg! Schwarzwald!
Neu ausgebildeter Schweizerdegen
Arim in allen Sprachen sowie Kenntnisse in der englischen Sprache, erfahren im Tiegeldruck, wünscht sich sofort oder später zu verändern.
Off. Angebote unter H. A. 218 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Verlagsbuchhandlung
zu Hannover
eingetr. Gen. mit b. Haftpf.
Aufforderung!
Durch Befehl der Ordentl. Generalversammlung ist die Genossenschaft in Liquidation getreten. Die Gläubiger wollen ihre Ansprüche unverzüglich geltend machen.
Hannover, 20. April 1923.
Die Liquidatoren:
R. Rosenbruch, Georg Nolte, W. Laages, Gust. Pfingstler.

Günstig für Anfänger!
Kleine Abzügen-Druckerei-Einrichtung, bestehend aus Offenbach, Tiegel (Zinkblech, 20x37 cm) und Schere, sofort für 3 Millionen Mark bar veräußert.
Hans Garg, Stargard (Vomm.), Zellige Weißstraße 27.

Herzlichen Dank
allen Kollegen, welche mich anlässlich meines 50-jährigen Berufs-Jubiläums mit Glückwünschen und Geschenken erfreuten.
Gießen, Mai 1923. August Holand

600 Mark
kostet für die Mitglieder des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker
Das Maiheft
der „Typographischen Mitteilungen“ für Nichtmitglieder der 1000 M.
Im Juniheft
erscheinen preisgekrönte Entwürfe des Wettbewerbes „Dreißig für drei“ der Schriftgießerei Berthold, Wkt.-Ges., Berlin. Das Juniheft kostet für Nichtmitglieder 1100 M., für die Mitglieder des Bildungsverbandes

700 Mark
Verlag der „Typographischen Mitteilungen“, Leipzig, Salomonstraße 8 (Mittelgebäude), Postcheckkonto 62287.
Seber Arbeiter erhebt spielend die Weltsprache **IDO** aus dem Lesebuch für Arbeiter, welches durch seine mod. Unterrichts-meth. u. profet. Inh. e. Muster-u. fr. zu bez. u. IDO-Verl., H. Voigt, Leipzig, Brauerstr. 29 III. Postcheckk. Leipzig 4278 Grundpreis 1 M. 186

Unübertreffliche Gewinnchancen
bietet die
Sächs. Landeslotterie
Ziehung 1. Klasse 30. Mai
Nur 130 000 Lose / 61 200 Gewinne und 6 Prämien ev. 75 Millionen M.

- 1 Prämie zu 25 Millionen M.
 - 5 Präm. zu je 4 Millionen M.
 - 1 groß. Los zu 50 Millionen M.
 - 2 Gew. zu je 15 Millionen M.
 - 3 Gew. zu je 6 Millionen M.
 - 1 Gew. zu 5 Millionen M.
 - 1 Gew. zu 4 Millionen M.
 - 1 Gew. zu 3 Millionen M.
 - 5 Gew. zu je 2 Millionen M.
 - 14 Gew. zu je 1 Million M.
 - 28 Gew. zu je 500 000 M.
 - 6 Gew. zu je 400 000 M.
 - 54 Gew. zu je 300 000 M.
- USW. USW.
per Klasse:
1/10 1/5
1000 M. 2000 M.
1/2 1/1
5000 M. 10000 M.

Anzahlung der Gewinne unter Staatsgarantie.
Losversand per Drucksache.
Staatslotterie-Einnahme
Ludwig Schindler,
Leipzig, Bayerische Str. 13.
Postcheckk. Leipzig 63067.

Verbandsradeln + Buchdruckerband
1. Ver. d. Bild.-Verb. d. Deutsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterkassen ins Leben gerufene
Volkspflege
Gewerkschafts-Gesamtschaftl. Versicherungs-Vereins-Gesellschaft, Hamburg 5.

Kunstführerführer + Tübchen
Verl. d. Bild.-Verb. d. Deutsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße, 8 III.

Juristemeister, Söhren
Abhandlungen und Zeitungen sowie alle Werkzeuge f. Buch- u. Drucker empfiehlt K. Siegel, München 9, Ratingen gegen Rückporto.



Gute Waren sind die billigsten!
Immer wird sich herausstellen, daß im Gebrauch billige Waren auf die Dauer billiger kommen als minderwertige.
Wir liefern gute Waren zu soliden Preisen auf Teilzahlung.
Katalog mit 1500 Abb. kostenlos.
Uhren, Goldwaren, Regulatoren, Wecker, Haushaltsartikel, Lederwaren, Koffer, Schirme, sämtliche Musikinstrumente, Sprechapparate, Platten, Rasierartikel, Reisezeuge, Reifeblätter, Katalog für Photoapparate und Photoartikel.
Jonas & Co., Berlin M 407
Belle-Alliance-Straße 7-10.

Umrechnungstabelle
der Quadratmetergewichte auf Format, unentbehrlich für Papier-u. Druckmaschinenberechnung. Aufgezogen auf Pappe 20 Pf. mit Teuerungszahl des Börsenvereins (2500). Verlag Julius Neiser, Leipzig-K.

Sachwerkzeuge
alle liefert billig, A. Ermatinger, Stuttgart, Arndtstraße 37.

Reinhold Fluegel
aus Hamburg, im 58. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Für den „Korrespondent“ ist die Geschäftsstelle und Infantenannahme Leipzig, Königstraße 7, die Telefon-Nr. 14 111. Das Postcheckkonto Leipzig Nr. 61328.